

Bezirksprogramm 2018

1. Präambel
2. Unsere Lebensgrundlagen sichern: Klima- und Umweltschutz
3. Verantwortlichkeit für alle Bürger*innen:
Grüne Zukunft der Pflege, Politik für Menschen mit Behinderung und in der Psychiatrie
4. Kultur- und Jugendpolitik

1. Präambel

Liebe Bürger*innen der Oberpfalz,

unser Bezirk ist reich an atemberaubender Natur, reich an vielseitiger Kultur und Geschichte, reich an wunderbaren Menschen. Wir GRÜNE wollen, dass die Oberpfalz ein lebens- und liebenswerter Bezirk in all seiner kulturellen Vielfalt bleibt. Dafür brauchen wir neue Ideen und Mut zur Veränderung. Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, die Überhitzung des Erdklimas, die zunehmende soziale Spaltung und aggressives Handeln gegenüber Minderheiten erfordern neue Antworten. Wir stellen uns diesen Herausforderungen.

Wir GRÜNE haben einen klaren Kompass. Wir stellen ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit über kurzfristiges Gewinnstreben. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen für alle und machen sie von Herkunft oder Geschlecht unabhängig. Gute Bildung mit individueller Förderung ist für uns der Schlüssel zu einer Gesellschaft, in der alle faire Chancen haben. Dazu gehören Kultur- und Jugendpolitik, aber auch eine starke Stimme für Menschen mit Behinderung. Für uns ist die Würde des Menschen unantastbar. Wir wehren uns entschieden gegen jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit.

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Die natürlichen Lebensgrundlagen brauchen unseren Schutz. Sauberes Wasser, gute Luft zum Atmen, eine reiche Tier- und Pflanzenwelt, intakte Kulturlandschaften und ein gutes Klima – das brauchen wir alle für ein gutes Leben. Wir gehen mit unseren natürlichen Ressourcen zu nachlässig und verschwenderisch um und setzen so unsere Gesundheit und unsere Zukunft aufs Spiel. Dabei gibt es längst ökologische und nachhaltige Alternativen. Wir können mit Bussen, Bahnen und dem Fahrrad für saubere Luft und weniger Lärm in den Städten sorgen.

Unsere Gesellschaft hält zusammen, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht für alle zugeht. Hier gibt es noch viel zu tun. Insbesondere Frauen haben nach wie vor deutlich schlechtere Chancen als Männer. Sie verdienen weniger, und in der Regel sind sie es, die sich als Ehefrau, Lebenspartnerin oder Alleinerziehende um Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern. Wir GRÜNE sorgen dafür, dass Frauen endlich gleiche Chancen und Rechte wie Männer haben. Das schaffen wir mit verbindlichen Quoten für Frauen in Führungspositionen, einem guten Angebot zur Kinderbetreuung, mit dem sich Beruf und Familie wirklich vereinbaren lassen, und gleicher Bezahlung. Pflegeberufe, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, müssen deutlich besser bezahlt werden. Das ist auch ein wichtiger Schritt, um die bestmögliche und eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Gerade im Bezirk können wir bei der Pflegepolitik den richtigen Hebel ansetzen. Wir wollen, dass die politischen Auseinandersetzungen um den richtigen Weg mit Anstand geführt werden. Wir wehren uns gegen Hass und Hetze in den

sozialen Netzwerken und den verrohten Ton im politischen Alltag. Wir stehen für eine Kultur des produktiven Streits.

Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit sind für uns GRÜNE zentrale Werte des friedlichen Zusammenlebens und des wirtschaftlichen Erfolgs. Allen Versuchen, an diesem Fundament zu rütteln, erteilen wir eine klare Absage.

Wir GRÜNE erhalten, was uns erhält. Wir stärken unser soziales Miteinander. Gemeinsam haben wir es in der Hand, für eine gute Zukunft der Oberpfalz und ihrer Menschen zu sorgen. Dafür streiten wir mit all unserer Leidenschaft.

2. Unsere Lebensgrundlagen sichern: Klima- und Umweltschutz

Grüner Klimaschutz

Wir GRÜNE sind die Partei, die sich auf allen Ebenen für den Klimaschutz einsetzt. Der Bezirk Oberpfalz sollte sich noch weitaus intensiver und nachhaltiger für den Klimaschutz engagieren. Das kann er vor allem bei seinen eigenen Gebäuden und Liegenschaften verwirklichen und so eine Vorbildfunktion übernehmen.

Vorbildliches Bauen

Es wird viel gebaut im Bezirk Oberpfalz! Schon bei der Ausschreibung von Bauprojekten erfolgt dabei die Weichenstellung. Bislang werden hier häufig fragwürdige Prämissen befolgt. Wir fordern Ausschreibungen nach ökologischen und sozialen Kriterien. In diesem Zusammenhang müsste eine Gesamtbetrachtung des „Ökologischen Fußabdrucks“ der Gebäude die eingesparten Betriebs- und Umweltfolgekosten berücksichtigen. Energieeinsparung und energetisches Gebäudemanagement können so zur Normalität werden. Dafür fordern wir außerdem den Einsatz nachhaltiger und ökologisch einwandfreier Baustoffe genauso wie den Einsatz nachwachsender Rohstoffe. Dabei müssen die Energiestandards weiter optimiert werden. Restenergie (Wind- und Sonnenenergie) wird in diesem Kontext in den Fokus rücken.

Umweltschonend mobil

Wir streben die Umstellung des Fuhrparks des Bezirks Oberpfalz und der Kommunalunternehmen auf umweltschonende und energiesparende Fahrzeuge an.

Grünes Licht für den Naturschutz

Gerade in der Oberpfalz, wo wir hohes Wirtschaftswachstum und einen starken Flächenverbrauch verzeichnen, müssen Naturschutz und Landschaftspflege einen stärkeren Stellenwert bekommen. Um dies zu realisieren, setzen wir uns dafür ein, Biotopverbünde zu fördern und Landschaftsschutzgebiete zu erweitern. Mithilfe der Einrichtung einer Bienenfachstelle wollen wir der Problematik des Bienensterbens entgegenwirken. Der Ausbau des Freilandmuseums hin zur Umweltbildungsstation und zum Zentrum der Umweltbildung im Bezirk Oberpfalz ist ein weiterer Meilenstein in unserem Konzept für eine zukunftsorientierte Natur- und Umweltpolitik.

Lebensmittel

In den Bezirkseinrichtungen muss ein grundlegendes Umdenken stattfinden. Angefangen mit der

Auswahl des Caterings nachfolgenden Kriterien: ökologisch, biologisch, saisonal, regional und sozial. Über die Benennung und Schulung von Nachhaltigkeitsbeauftragten in den Einrichtungen bis hin zur Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten in allen Einrichtungen.

Transparenz

Bereits jetzt leisten viele engagierte Menschen im Bezirkstag hervorragende Arbeit. Die Ergebnisse dieser Arbeit, beispielsweise im sozialen Bereich, sind einer breiteren Öffentlichkeit jedoch weitestgehend unbekannt. Deshalb streben wir eine größere Transparenz die Aufgaben des Bezirkstags und deren Umsetzung betreffend, an. Dazu wollen wir Tagesordnungen und Sitzungsvorlagen öffentlich zugänglich machen wie das auf anderen politischen Ebenen bereits seit längerem der Fall ist. Ein Ratsinformationssystem, wie es in vielen Kommunalparlamenten Verwendung findet, erscheint uns hier erstrebenswert. Darüber hinaus sollte die Arbeit des Bezirks klarer nach außen kommuniziert werden – beispielsweise im Rückgriff auf soziale Medien. Bürger*innen müssen sich leicht und barrierefrei darüber informieren können, was der Bezirkstag anstrebt und umsetzt.

3. Verantwortlichkeit für alle Bürger*innen:

Grüne Zukunft der Pflege, Politik für Menschen mit Behinderung und in der Psychiatrie

Grüne Zukunft der Pflege

Das Dilemma ist offensichtlich: einer immer größeren Anzahl an Pflegebedürftigen steht immer weniger Pflegepersonal gegenüber. Deshalb kämpfen wir für ein flächendeckendes und zukunftsorientiertes Angebot leistungsfähiger Einrichtungen und Versorgungsstrukturen. Wir werden uns über den Bezirkstag mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Pflege der politische Stellenwert zukommt, der ihr als systemrelevanten und volkswirtschaftlich bedeutsamen Beruf zusteht.

Wertschätzung für professionelle Pflege

Um die Strukturen im Pflegesektor weitreichend zu optimieren, bedarf es allerdings einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung für Pflegeberufe. Die Basis dafür muss politisch organisiert werden. Insofern setzen wir uns für angemessene Bezahlung sowie eine zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung, ein. Die Arbeitsbedingungen müssen es den beruflich Pflegenden erlauben, bei guter Gesundheit und hoher Motivation bis zum regulären Renteneintritt in ihrem Jobsegment zu arbeiten.

Prävention

Den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten ist ein Ansatz der Problemlösung. Wenn es uns zudem gemeinsam gelingt, die Bürger*innen länger vor der Pflegebedürftigkeit zu schützen, sie nach Möglichkeit dort wieder herauszuführen oder Pflegebedürftigkeit idealerweise zu verhindern, sollte es gelingen, den drohenden Pflegenotstand zumindest abzumildern.

Grüne Politik für Menschen mit Behinderung

Bündnis 90 / Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention, die 2009 in Deutschland ratifiziert wurde, nicht in den Mühlen der Bürokratie zerrieben werden. Deshalb überprüfen wir insbesondere die seit 2017 greifenden Leistungen des Bundesteilhabegesetzes. Wir stehen dabei für Angebote, die sich an den Lebenswelten und Bedürfnissen der Menschen orientieren, genauso wie für vielfältige und flexiblere ambulante sowie teilstationäre Angebote.

Wir fordern einen verbindlichen Aktionsplan zur Umsetzung von Inklusion und eine Abkehr von Großeinrichtungen.

Träger sollen motiviert werden, die ambulante Betreuung auszubauen und ihr Engagement auf dem ersten Arbeitsmarkt für behinderte Menschen deutlich zu verstärken. Generell sollen Menschen mit Behinderung einen selbstverständlichen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Ferner sollen sie selbst entscheiden können, welche Angebote sie nutzen wollen.

Gleichberechtigter Zugang zu Bildung

Gemeinsame Bildungswege sind für uns das zentrale übergeordnete Ziel in der Verbesserung der Lebensumstände behinderter Menschen.

In Kindertagesstätten muss die Bereitstellung der notwendigen Unterstützung bei Kinderbildung und Kinderbetreuung gewährleistet werden; in Schulen muss die Begleitung behinderter Menschen konstruktiv neu geregelt werden; in Heilpädagogischen Tagesstätten müssen inklusive Angebote bei der Nachmittagsbetreuung gemacht werden; im Studium muss eine bessere Vernetzung des Bezirks mit den Universitäten und Fachhochschulen die Ausbildung und Forschung erleichtern.

Selbstbestimmung und Eigenverantwortung stärken

Seit 2008 können Menschen mit Behinderungen das „Persönliche Budget“ in Anspruch nehmen. Doch nach wie vor entscheiden häufig Leistungsträger und Leistungserbringer, wie der Bedarf an Hilfsleistungen von Menschen mit Behinderung gedeckt wird. Hier streben wir eine Veränderung an. Damit Selbstbestimmung Wirklichkeit wird, fordern wir eine einfachere Antragstellung und mehr Unterstützung bei der Inanspruchnahme des „Persönlichen Budgets“.

Gleichzeitig müssen die Leistungsmodule so angepasst werden, dass eine flexiblere und individuellere Auswahl für alle Lebensbereiche möglich wird.

Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen

Die Forderung nach Barrierefreiheit betrifft viele Lebensbereiche. Verkehrsmittel müssen ebenso barrierefrei sein, wie öffentliche Gebäude, Freizeiteinrichtungen oder Informationsquellen. Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Mobilitätshilfen weiter zu entwickeln.

Mobilitätstraining soll Vorrang vor der Beförderung mit „Behindertentransporten“ haben.

Barrierefreiheit fordern wir auch für den Zugang zu Informationsquellen. Barrierefreie Internetseiten gehören dazu ebenso wie die konsequente Übersetzung von Informationsmaterialien in „Leichte Sprache“.

Neue Wohnmodelle

Eine „Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft“ fordert Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention. Geeignete Wohnangebote spielen dabei eine wichtige Rolle. Unsere Ziele diesbezüglich sind:

Barrierefreiheit auch bei Bestandsbauten, die Förderung der Entwicklung inklusiver Wohnformen auch in großen stationären Einrichtungen sowie eine konsequente Förderung des Ausbaus ambulant betreuter Wohnformen. Insbesondere in den Ortszentren bedarf es neuer Einrichtungen. Bei deren Bau ist eine Kapazität von maximal 24 Wohnplätze vorzusehen.

Arbeit und fairer Lohn für alle!

Menschen mit Behinderungen sind doppelt so häufig arbeitslos, wie andere Personen. Der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ist ihnen oft versperrt. Der Wechsel von geschützten Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt gelingt immer noch viel zu selten.

Wir wollen das Angebot an Werkstätten für Menschen mit Behinderung weitreichend weiterentwickeln. Zusätzlich brauchen wir neue Rahmenbedingungen für die Werkstätten: Sie sollen deutlich mehr motiviert werden, ihre Mitarbeiter für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Die Förderung inklusiver Arbeitsstrukturen soll Vorrang vor dem Neubau und der Erweiterung von Werkstattplätzen bekommen.

Die Leistungen und Angebote von Werkstätten, Integrationsfachdiensten und Integrationsprojekten müssen in frei wählbare Einheiten gegliedert werden. Beschäftigte in Werkstätten müssen die Möglichkeit auf eine Zusatzqualifikation erhalten, um eine dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sicherzustellen.

Die bestehende Angebotsvielfalt soll ausgebaut werden. Dabei wollen wir die Einführung von „Sozialräumen und Sozialraumbudgets“ prüfen lassen.

Wir wollen Arbeit mitten in der Gesellschaft!

Grüne Psychiatriepolitik

Ab 2019 soll die Finanzierung der Psychiatrien über das PsychVVG (Krankenhausindividuelles Budgetsystem mit umfassenden Kontrollmöglichkeiten für die Kassen, statt Festpreisen) erfolgen. Es ist zu befürchten, dass es in diesem Zuge zur deutlichen Verkürzung von Liegezeiten und zu Personalabbau in den Psychiatrien kommt. Hier gilt es, einzugreifen!

Wir propagieren ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, das seinen Namen verdient. Es soll Hilfen für psychisch kranke Menschen nach fachlichen und nicht nach ordnungspolitischen Gesichtspunkten regeln und für eine echte Entstigmatisierung der Betroffenen sorgen.

Ombudssystem für Patient*innen

Das geplante Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz „PsychKHG“ sieht keine Ombudsstellen vor. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass in allen Kliniken ehrenamtliche Patientenführer*innen als Vermittlerinnen des Kommunalunternehmens tätig sind. Ihnen soll die regelmäßige Möglichkeit, an Supervisionen und Fortbildungen teilzunehmen, eingeräumt werden.

Interessensvertretungen und Beschwerdestellen fördern

Die in Orts-, Landes- und Bundesverbänden organisierten Psychiatrieerfahrenen und die Angehörigen psychisch kranker Menschen müssen weiter gefördert und in ihren Kompetenzen gestärkt werden.

Wir engagieren uns außerdem für die Einrichtung von unabhängigen, gemeindenahen „Beschwerdestellen“ in jeder Versorgungsregion der Oberpfalz.

Wohnortnahe Behandlung und Betreuung

Das Konzept „Home Treatment“ wollen wir weiter vorantreiben und mit Krisendienst sowie Familiengesundheitspflege sinnvoll und effektiv vernetzen.

Eine weitere wichtige Rolle spielen Integrationsarbeitsplätze in Wohnortnähe, genauso wie der Ausbau des Arbeits- und Mobilitätstrainings an Tagesstätten.

Generell müssen ambulante Hilfen weiter ausgebaut werden.

Kinder und Jugendliche mit seelischer Erkrankung und Behinderung

Wir fördern die weitere Dezentralisierung psychiatrischer Jugendeinrichtungen und Rehabilitationseinrichtungen für psychisch kranke Kinder und Jugendliche.

Neben tagesklinischen und stationären Plätzen außerhalb der Ballungsräume brauchen wir dafür bessere Kooperationsstrukturen. Es gilt, alle Möglichkeiten der ambulanten Versorgung auszuschöpfen, bevor eine stationäre Behandlung erfolgt.

Die psychiatrischen Angebote für Kinder und Jugendliche müssen zügig am Bedarf orientiert ausgebaut werden. Betroffene Familien müssen begleitet, unterstützt und angeleitet werden. Das kommunale gesundheitliche Quartiermanagement „Familiengesundheitspflege“ erscheint uns Grünen dabei als Schlüsselstruktur.

Neue Konzepte für die Gerontopsychiatrie

Die Gerontopsychiatrie beschäftigt sich mit psychischen Erkrankungen des alternden Menschen. Wir müssen Versorgung, Wohnen, Mobilität und Pflege so gestalten, dass ein würdiges Altern möglich ist. Besonders hilfreich wäre diesbezüglich ein Ausbau wohnortnaher Versorgungsstrukturen unter der Vorgabe: ambulant vor stationär.

Migrant*innen und Flüchtlinge

Auch Migrant*innen und Flüchtlinge benötigen psychiatrische Hilfe. Diese Menschen haben häufig Traumata erlitten und sind vielen Gefahren im Alltag schutzlos ausgesetzt. Deswegen setzen wir uns ein für die Versorgung mit muttersprachlichen, gesundheitsrelevanten Informationen, einen Gesundheitswegweiser für die Bereiche Psychiatrie/Psychotherapie, und die Qualifizierung von Mitarbeiter*innen, die für Dolmetscherdienste eingesetzt werden können. Zentral wäre die Beteiligung des Bezirks an einem interkulturellen Gesundheitsnetzwerk sowie die Einstellung von mehrsprachigem Fachpersonal.

Drogen und Sucht: Prävention und Überlebenshilfe

Alkohol- und Medikamentenmissbrauch verursachen enormen gesellschaftlichen und gesundheitlichen Schaden. Prävention ist ein wichtiger Eckpfeiler verantwortungsvoller Gesundheitspolitik. Dafür brauchen wir ein breites Angebot an medizinisch und psychosozial betreuten Substitutionsmöglichkeiten für Drogenabhängige. Jenen, die für die Therapieangebote nicht erreichbar sind, muss konkrete Überlebenshilfe angeboten werden.

Psychiatrie im Strafvollzug

Die Lage der psychisch Kranken, die straffällig geworden sind, hat sich drastisch verschärft. Gleichzeitig wiesen die Gerichte immer mehr Verurteilte in die Psychiatrie ein. An dieser Stelle erwächst eine Problematik, der es unbedingt entgegenzuwirken gilt. Konkret erreichen wollen wir dies mit dem weiteren bedarfsgerechten Ausbau der forensischen Abteilungen der Einrichtungen des Bezirks. Darüber hinaus muss es teilstationäre Angebote und Kontinuität in der therapeutischen Betreuung geben, um Versorgungsbrüche zu vermeiden. Genauso gefragt sind forensische Ambulanzen und betreute Wohngemeinschaften. Innerhalb der Einrichtungen sollten suchtmittelabhängige Patient*innen, wenn möglich, getrennt von den übrigen psychisch kranken Straftätern untergebracht werden. Grundsätzlich müssen die Länder in diesem Bereich mehr finanzielle Verantwortung übernehmen. Nichts verbessert die Chancen auf Resozialisierung mehr als eine erfolgreiche therapeutische Behandlung!

Demographische Herausforderungen meistern

Der Anstieg der Menschen, die an einer Demenz erkranken wird nicht zu stoppen sein. Vielleicht kann der Zeitpunkt der Pflegebedürftigkeit bei diesen Menschen jedoch nach hinten verschoben werden. Ein Verbesserungsansatz wäre, den Bezirk Oberpfalz als Berater für die Kommunen zu verstehen. Mit einem solchen Auftreten könnte der Weg für sogenannte „demenzfreundlichen Kommunen“ geebnet werden.

Unser Ziel ist es, betroffenen Menschen das Leben in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich zu gewährleisten.

Auch die Angehörigen benötigen unsere besondere Hilfe und Aufmerksamkeit. Dies geschieht am besten wohnortnah in der eigenen Gemeinde. Wieder kann „Familiengesundheitspflege“ als zentrale Struktur der Schlüssel sein.

Der Fachkräftemangel

Eine zentrale Herausforderung der Zukunft für den Bezirk Oberpfalz wird der Fachkräftemangel sein. Allein in der Verwaltung des Bezirks Oberpfalz arbeiten derzeit 320 Mitarbeiter*innen. In der Medbo (Gesundheitseinrichtungen des Bezirks) sind allein in Regensburg über 2.300 Mitarbeiter*innen beschäftigt. Um hier Kontinuität in Quantität und Qualität zu gewährleisten wollen wir die Zahl der Auszubildenden sowohl in der Verwaltung als auch in der Pflege deutlich anheben. Besonders dem Fachkräftemangel in der Pflege muss früh und kraftvoll mit zusätzlichen Ausbildungskapazitäten, sowie guter Fort- und Weiterbildung entgegengetreten werden.

Die Rahmenbedingungen, vor allem in der Pflege, müssen sich nachhaltig verbessern.

Hier fordern wir seit langem ein Ausfallmanagement. Der Bezirk muss sich viel stärker als bisher für einen höheren Personalschlüssel einsetzen. Dann können auch Pflegediagnostik und Pflegetherapie endlich erfolgreichen Einzug in die pflegerische Versorgung der Menschen halten.

Die notwendigen Mehrkosten sollte das Land Bayern mittragen.

4. Kultur- und Jugendpolitik

Grüne Kulturpolitik

Kultur in der Oberpfalz ist vielfältig. Neben traditioneller und regional gewachsener Kultur gibt es auch Punkkonzerte und Raves. Es existieren Proberäume, die für kleine Newcomerbands wichtig sind, genauso wie überörtlich bedeutende Zentren alternativer oder junger Kultur.

Wir unterstützen diese Kulturförderung und machen uns für eine zeitgemäße Optimierung der Angebote stark. Der Bezirk Oberpfalz soll die gewachsene Vielfalt pflegen, Initiativen von Bürger*innen unterstützen und dabei die kritische Auseinandersetzung mit der regionalen Geschichte und deren Besonderheiten fördern. Der Oberpfälzer Kulturpreis sollte viel häufiger auch an junge und avantgardistische Künstler gehen.

Vielfalt erleben und Gestalten

Wir stehen für eine weltoffene und dezentrale Kulturpolitik. Deshalb fördern wir Vereine und Projekte, welche die Integration von Einwander*innen unterstützen. Zudem treten wir dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen, pflegebedürftige Menschen und psychisch kranke Menschen aktiv am Kulturleben teilhaben können. Sportprojekte für sozial benachteiligte Menschen, Menschen mit Behinderung, interkulturelle, sowie generationenübergreifende Projekte sind insbesondere zu fördern.

Die Kulturförderung muss transparent und bürgernah sein. Sie soll auch den Kulturschaffenden selbst zu Gute kommen. Um kleinen und mittleren Initiativen eine reelle Chance zu geben, wollen wir die Antragstellung für kleinere Förderbeiträge unbürokratischer gestalten.

Obwohl es bereits Vorzeigeeinrichtungen wie die Musikakademie Schloss Alteglofsheim gibt, muss die Kulturförderung des Bezirks Oberpfalz diverser werden. Kulturangebote sind ein wichtiger Faktor, der Menschen das Gefühl gibt, an einem lebenswerten Wohnort zu sein. Kulturpolitik kann so – neben anderen Faktoren – der Abwanderung gerade junger Menschen aus vielen Gegenden entgegenwirken.

Grüne Jugendpolitik

Die Jugendarbeit des Bezirks Oberpfalz ist uns ein großes Anliegen. Dabei unterstützen wir konsequent die freie und verbandliche Jugendarbeit. Regionale Initiativen wollen wir noch mehr als bisher unterstützen und zusammenführen. Dem Bezirksjugendring Oberpfalz wächst dabei eine zentrale Rolle zu, die wir mit einem bedarfsgerechten Personalschlüssel zu unterstützen gedenken. Wir möchten demokratische und antifaschistische politische Bildung im Bezirk stärken und zusätzlich zu den guten bisherigen Programmen des Bezirksjugendrings weiter ausbauen. Dazu stellen wir uns

ein Programm vor, das auch Vereinen und Einzelpersonen außerhalb der verbandlichen Jugendarbeit offensteht. So wollen wir kleine Initiativen vor Ort, die sich für Zusammenhalt, Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit engagieren, fördern.

Der Bezirk Oberpfalz sollte darüber hinaus im Sinne der Jugendbeteiligung nach dem Vorbild anderer Bezirke einen Ring Politischer Jugend etablieren, der eine Plattform für die Zusammenarbeit der Jugendorganisationen der demokratischen Parteien bietet und deren politische Bildungsarbeit fördert. Die Jugendorganisationen leisten eine wichtige Arbeit in der politischen Bildung, in der Heranführung an und vor allem der Einbindung von jungen Menschen in die Politik. Bisher ist die Stimme junger Menschen in der Politik des Bezirks Oberpfalz noch viel zu unterrepräsentiert. Politik sollte aber immer die Perspektiven aller Menschen im Auge haben – junger wie älterer ebenso wie von Menschen aller Geschlechter.

Gute und moderne Jugendpolitik fördert außerschulische Bildung, die jungen Menschen hilft, Kompetenzen zu erwerben, die sie für ihr Berufsleben, für den Umgang mit Gesellschaft und Umwelt sowie für das soziale Zusammenleben befähigt. Jugendbildung fördert die Selbstermächtigung junger Menschen. Starke, kritische junge Menschen sind ein Gewinn für die Gesellschaft und unverzichtbar bei der Bewältigung der anstehenden Probleme und Krisen des 21. Jahrhunderts.